



# Stadt im werden

Nr. 34

22. Mai 1974



Sie lesen in dieser Ausgabe:

- Seite 1 : Zwischenbericht
- Seite 2 : Wahl des Landtags
- Seite 2 : Zeltlager
- Seite 3 : Bessere Argumente
- Seite 4 : Fakten zur Inflation
- Seite 5 : Hermann Schnipkoweit
- Seite 6 : Fragen zur Wahl
- Seite 7 : Härteausgleich
- Seite 7 : Fahrt zum Wahllokal
- Seite 8 : Kurz berichtet

## Liebe Mitbürger,

die Landtagswahl steht vor der Tür. Obwohl es sich nicht um eine Kommunalwahl handelt, sollte das ein Anlaß sein, kurz Rückblick und Ausschau zu halten. Immerhin liegt bereits ein Drittel der neuen Kommunalwahlperiode hinter uns. Es hat sich seit Herbst 1972 nicht viel Spektakuläres ereignet, kein Zusammenschluß, keine Stadtwerdung, keine Teutoburger-Wald-Schau. Der Alltag der Verwaltungsarbeit ist bei uns eingekehrt. Und doch dürfte der Bürger gemerkt haben, daß Rat und Verwaltung nicht untätig gewesen sind: das Industriegebiet in Harderberg geht seiner Vollendung entgegen, es sind eine Reihe von Sportstätten gebaut oder in Planung, viele Straßen wurden ausgebaut, besonders in Kloster-Oesede und Harderberg.

Sorgen bereitet uns nach wie vor die Schulorganisation, für die ein endgültiges Konzept noch nicht vorliegt. Auch die

wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinterlassen bei uns Spuren. Die Erschließung von Baugebieten ist wesentlich teurer geworden. Das Stadtzentrum kommt nicht weiter und kostet uns pro Tag über 1.000,— DM Zinsen. Hoffen wir, daß wegen des Kreisitzes bald eine Entscheidung fällt, damit hier die Planungen weitergehen können.

Liebe Bürger, lassen Sie mich diesen kurzen Zwischenbericht schließen mit der Aufforderung und der Bitte:

Kommen Sie Ihrer Bürgerpflicht nach und gehen Sie zur Landtagswahl!

Wir sind auf einen guten Landtag und auf ein gutes Verhältnis zur Landesregierung mehr denn je angewiesen. Wir erwarten noch mehr Verständnis und Unterstützung in Hannover, als das bisher schon der Fall war.

Herzlichst

Ihr Ludwig Siepelmeyer  
Bürgermeister.

Herausgeber:

**CDU**  
Georgsmarienhütte

Verantwortlich: Günter Hohaus, 4504 Georgsmarienhütte, Untere Findelstätte 59, Telefon 2554  
Konto-Nr. der Stadt im Werden: 3129897 Kreissparkasse Georgsmarienhütte

Auflage: 10.000 - Offsetdruck: M. Steinbacher & Sohn, Osnabrück-Sutthausen, Telefon (0541) 59051



## Die Wahl des Niedersächsischen Landtags

Die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags werden am 9. Juni in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl für 4 Jahre gewählt. Von den 155 Abgeordneten werden 99 direkt gewählt und 56 erhalten ihr Mandat über die Landeslisten.

Jeder Wähler hat nur **eine** Stimme, so daß er gezwungen ist, gleichzeitig den Kandidaten und die Partei, der der Kandidat angehört, zu wählen. Die Sitzverteilung im Landtag beruht auf dem Verhältnis der im Lande insgesamt abgegebenen Stimmen. Allerdings muß eine Partei mindestens 5% der abgegebenen Stimmen erhalten, um im Landtag vertreten zu sein.

Den im Wahlkreis zu vergebenen Sitz erhält der Bewerber, der im Wahlkreis die höchste Stimmzahl erreicht. Jeder im

## Zeltlager der Jungen Union

Die zwei geplanten Zeltlager der Jungen Union haben bei den Kindern und Erziehungsberechtigten großen Anklang gefunden. Für beide Lager ist die vorgesehene Teilnehmerzahl bereits weit überschritten, so daß wahrscheinlich Streichungen vorgenommen werden müssen.

Wir bedauern schon jetzt diese Tatsache und möchten diejenigen, die zu spät ihre Meldung abgegeben haben, auf das nächste Jahr vertragen. Wir bemühen uns aber im Augenblick, bei der Versorgungsleitung die Anzahl der Teilnehmer zu erhöhen.

Der geringe Preis hat zu Rückfragen geführt. Deshalb legen wir unsere Finanzierung offen und verbinden damit den Dank an die Spender. Die Bundeswehr, die für das leibliche Wohl sorgt, erhält von uns den amtlichen Tagesverpflegungssatz. Wir sind aber für die Übernahme aller Mahlzeiten und der damit verbundenen Arbeit sehr dankbar. Ist hier nicht eine Aufgabe von der Bundeswehr übernommen, die auch das Image der Truppe verändern kann?

Danken möchten wir unserer Stadtverwaltung, mit dem Stadtdirektor an der Spitze, die unser Vorhaben zum Wohle der Kinder in Georgsmarienhütte ideell voll unterstützt

Wahlkreis gewählte Kandidat kommt in den Landtag, auch wenn seine Partei weniger als 5% der Stimmen erhält. Sollte eine Partei mehr Sitze im Landtag erlangen als ihr nach dem Stimmenanteil zustehen (Überhangmandate), wird die Zahl der Sitze im Landtag um die doppelte Zahl der Überhangmandate erhöht.

Im Wahlkreis 85 Osnabrück-Georgsmarienhütte, in dem der Landtagskandidat der CDU Hermann Sandkämper die besten Aussichten hat, wohnen etwa 78250 wahlberechtigte Bürger. Davon in der Stadt Georgsmarienhütte ca. 20000 Wähler, in der Gemeinde Hagen a.T.W. ca. 7550 Wähler, in der Gemeinde Hasbergen ca. 5800 Wähler und im südlichen Teil der Stadt Osnabrück ca. 44900 Wähler.

Klaus Kafsack

hat. Vom Kreis und von der Stadt erhalten wir die Zuschüsse, die auch jeder anderen Jugendorganisation zustehen.

Unser besonderer Dank gilt der CDU-Fraktion der Stadt und dem Landtagsabgeordneten Hermann Sandkämper. Diese Abgeordneten haben durch den Verzicht auf große Teile ihrer Diäten die Finanzierungsgrundlage für diese Lager geschaffen. Nur mit deren Hilfe konnten wir einen solchen Preis anbieten. Die geforderten 10,— DM pro Teilnehmer sind für das Rahmenprogramm (Ausflüge, Besichtigungen usw.) vorgesehen.

Die Junge Union Georgsmarienhütte dankt allen recht herzlich, auch den Eltern, die durch die Anmeldung der Kinder ihr Vertrauen in diese Aktion ausgesprochen haben. Wir werden versuchen, uns dieses Vertrauens würdig zu erweisen und hoffen auf fröhliche, erholsame und schöne Tage für die Kinder aus Georgsmarienhütte.

Alle Bewerber werden von uns bis zum 15. Juni benachrichtigt, ob sie teilnehmen können oder nicht. Diejenigen aber, die in diesem Jahr keine Zusage erhalten konnten, möchten wir nochmals um Nachsicht bitten.

Bernhard Poggemann - Heinz Lunte

## Die CDU hat die besseren Argumente

Nach den Wahlerfolgen der CDU und den schweren Niederlagen der SPD in Schleswig-Holstein, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Nordhessen und im Saarland steht die Niedersachsen-Wahl am 9. Juni im Mittelpunkt des politischen Interesses. 5,1 Millionen wahlberechtigte Niedersachsen werden mit ihrer Stimme über zwei wichtige Probleme entscheiden: Erstens geht es darum, die SPD nach zwei Jahrzehnten Herrschaft in Niedersachsen abzulösen und der CDU die Chance zu geben, eine Politik des Augenmaßes und der wirtschaftlichen Vernunft zu betreiben; zum zweiten, und das ist beinahe noch entscheidender, gilt es, den Marsch in eine sozialistische Bundesrepublik zu stoppen und eindeutig den Kurs des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates mit seiner sozialen Marktwirtschaft beizubehalten.

Die wirtschaftliche Fehlentwicklung unter der SPD/FDP-Regierung in Bonn und der SPD-Alleinregierung in Hannover hat die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zum bedeutendsten landespolitischen Problem gemacht. Eine CDU-Landesregierung wird für die Ansiedlung von wachstumsintensiven Wirtschaftsbetrieben sorgen, die langfristig sichere und qualifizierte Arbeitsplätze bieten. Außerdem muß die wirtschaftliche Förderung durch den Staat neu gestaltet werden. Zum Beispiel geht es nicht an, daß Osnabrück-Georgsmarienhütte länger benachteiligt werden. Der Raum Osnabrück hat schon genug Probleme, die sich aus seiner Lage am Rande des Landes ergeben. Damit Einkommenserhöhungen den Arbeitnehmern wirklich zugute kommen und nicht in erster Linie dem Finanzamt, setzt sich die CDU für eine Erhöhung des Grundfreibetrages von 1.680,— DM auf 3.000,— DM jährlich und für eine Verdoppelung des jährlichen Arbeitnehmerfreibetrages auf 480,— DM ein. Der Staat muß zumindest auf einen Teil seiner Inflationsgewinne verzichten, wenn er die Inflation eindämmen will. Um nur einen Vergleich zu nennen: 1970 hatte die SPD-Landesregierung Lohnsteuereinnahmen in Höhe von 1,48 Milliarden DM, 1973 aber schon 2,68 Milliarden DM. Das sind 1,2 Milliarden DM oder rund 80% mehr.



Die CDU will dem katastrophalen Anstieg der Grundstückspreise und Mieten dadurch entgegenzutreten, daß sie das Angebot an erschlossenem Bauland drastisch erhöht. Mittel aus der staatlichen Wohnbauförderung sollen nicht länger vorwiegend großen Baugesellschaften zufließen sondern dem einzelnen, der für sich und seine Familie ein Haus bauen möchte.

Ich will mich hier auf diese wenigen Aspekte der politischen Situation beschränken. Ausführlich dargestellt sind unsere Ziele in unserem Lauterberger Programm. Bei den Landtagswahlen von 1970 hatte unsere Partei nur 21.000 Stimmen weniger als die SPD, die seitdem mit einer Mehrheit von einer Stimme im Landtag mehr schlecht als recht regiert. Wir haben bei den bevorstehenden Wahlen die große Chance, daß uns eine deutliche Mehrheit in diesem Lande das Vertrauen schenkt. Aber wir dürfen nicht nachlassen, um jede Stimme zu kämpfen. Wir haben die besseren Argumente, und wir müssen dem Bürger diese Argumente immer wieder vortragen.

Wilfried Hasselmann  
Vorsitzender der CDU in  
Niedersachsen



## Fakten zur Inflation

Im April haben zwei Expertengremien zu den brennenden wirtschaftspolitischen Fragen in der Bundesrepublik Stellung genommen. Im Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1973 (GDB) und auch in der Beurteilung der Wirtschaftslage durch 5 führende deutsche wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute (BFI) wird insbesondere die galoppierende Inflation kritisch betrachtet. Die Bundesregierung hat diese Berichte mit einem lachenden und einem weinenden Auge zur Kenntnis genommen. Zwar erteilen beide Gremien ihr in bestimmten Bereichen Absolution, doch ist die Kritik dennoch so stark und wohlbegründet, daß die neue Regierung nun aktiv werden muß, um die Fehlentwicklungen abzubauen. Doch obwohl die Wirtschaftsexperten der Bundesregierung die Folgen der andauernden Inflation vor Augen führen, geschieht nichts. Trotz der Landtagswahlen in Niedersachsen war die Regierung Brandt weiter passiv. Sie war – wie die Entwicklung in Bonn zeigte – handlungsunfähig.

Wir wollen den Lesern Gelegenheit geben, sich selbst ein Urteil über die wirtschaftliche Lage zu bilden. Deshalb werden im folgenden einige Zitate aus den obigen Berichten wiedergegeben.

Zur Lage:

“Die Finanzpolitik hat zusammen mit der restriktiven Geldpolitik 1973 dazu beigetragen, den Boom zu bremsen und die Tendenzen zur Stabilisierung der Wirtschaft zu unterstützen.“ (GDB, S.15)

“In kaum einem Land gelang es, den Lohnanstieg zu bremsen und so den Kostendruck . . . zu mildern; vielmehr wurden die Lohnforderungen angesichts der Inflationsbeschleunigung erhöht und auch weitgehend durchgesetzt.“ (BFI, S.8)

“Vorreiter der Abschlüsse war diesmal der öffentliche Dienst, in dem das Beschäftigungsrisiko überzogener Lohnforderungen gering ist.“ (BFI, S.11)

“Die gesamten Ausgaben der Gebietskörperschaften sind in der Tat 1973 um 13% und damit stärker als das nominale Sozialprodukt gestiegen . . . Ausschließlich die konsumintensiven Ausgaben sind dabei weit stärker

als das Sozialprodukt gewachsen, allem voran der Personalaufwand, der um 15% zunahm.“ (GDB, S.17)

“Gegen Jahresende übertrafen die Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft den Vorjahresstand um 10 1/2%; bei den Effektivverdiensten belief sich die Steigerung sogar auf 13%. Die Arbeitsverdienste stiegen damit weitaus stärker als die Produktivität, so daß die Lohnkosten je Produkteinheit beträchtlich zunahm.“ (GDB, S.37)

“Von den öffentlichen Finanzen, die bis in den Herbst hinein restriktiv gewirkt hatten, gingen in den letzten Monaten eindeutig expansive Einflüsse aus.“ (BFI, S.8)

“Gelingt die Entschärfung des Zielkonfliktes zwischen den Zielen Bekämpfung der Inflation, Sicherung der Arbeitsplätze und Beseitigung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts nicht, so werden die wirtschaftspolitischen Instanzen mehr und mehr Zuflucht zu dirigistischen Interventionen nehmen, ohne daß damit freilich die anstehenden Probleme gelöst werden können.“ (BFI, S.7)

“Die Versuchung die Lösung in direkten Eingriffen in die Lohn- und Preisbildung zu suchen, mag zunehmen. Theoretische Überlegungen und praktische Erfahrungen sprechen dafür, daß mit diesen Maßnahmen allenfalls Scheinerfolge erzielt werden können. Nach Aufhebung dieser Maßnahmen stellen sich die alten Probleme umso schärfer.“ (BFI, S.15)

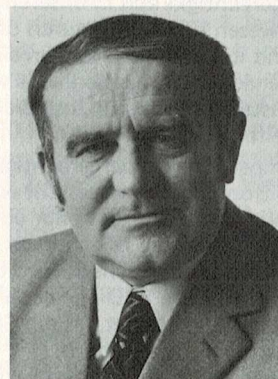
“Die Gewinnquote vieler Unternehmen lag schon 1972 nur bei etwa 2% des Umsatzes. Die Unternehmen müssen, wenn Sie Verluste vermeiden wollen, versuchen, ihre Preise zu erhöhen.“ (GDB, S.43)

“Letztlich subventionieren die Besitzer alter, niedrig verzinslicher Rentenwerte die Mieter in den mit fixen Zinsen gebauten Häusern, wobei solche Mieter sich nicht selten in einer besseren sozialen Lage befinden als die Wertpapiersparer.“ (GDB, S.15)

“Damit sich Gewerkschaften und Unternehmen künftig nicht wieder über die Ziele der Regierung hinwegsetzen, die Tarifautonomie also nicht wieder zu Lasten anderer Gruppen ausnutzen, darf die Regierung den marktwirtschaftlichen Saktionsmechanismus,

der bei stabilisierungswidrigem Verhalten in Gestalt von Produktions- und Beschäftigungseinbußen in Kraft tritt, nicht aufheben.“ (BFI, S.17)

Selbst wenn wir den Berichten die positivsten Seiten abgewinnen, bleibt die Regierung dennoch ihren Wählern vieles schuldig. Erstens hat sie nicht alle zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft und zweitens hat sie in keiner Phase gezeigt, daß sie willens ist, die Folgen der Inflation zu mildern. Auch die importierte Inflation trifft die meisten Bundesbürger hart. Diese Bürger haben einen Anspruch auf staatliche Hilfe. Warum hat eigentlich die Regierung das Inflationsentlastungsgesetz der CDU abgelehnt?



Der neue Sozialminister im Kabinett Hasselmann

Hermann Schnipkoweit

45 Jahre

Beruf: Bergmann im Kaliwerk Siegfried-Giesen

Ich bin noch einer der wenigen, die neben ihrer Landtagstätigkeit als Lohnempfänger ihrem Beruf nachgehen. Wenn in Hannover keine Landtags-, Fraktions- oder Ausschusssitzung ist, fahre ich 6.00 Uhr in 1000m Tiefe und stehe als Hauer mit meinen Kollegen vor Ort. Vor 14.00 Uhr komme ich dann nicht wieder an die Oberfläche.

Georgsmarienhütte gefällt mir. Es ist eine Stadt der Eigenheime. Wenn ich nach dem 9. Juni Sozialminister und für den Wohnungsbau zuständig bin, wird das Eigenheim mehr als bisher gefördert. Der jetzige Sozialminister hat Jahr um Jahr höchstens ein Vier-

Der Verdacht ist nur schwer zu entkräften, daß der Regierung die Inflation nicht ungelogen kommt. Die Inflation wirkt sich gerade für die wirtschaftlich Schwächsten am verheerendsten aus. Diese werden einen Sündenbock suchen und dank der JuSo-Hilfe auch finden: Die Soziale Marktwirtschaft. Aber erst nach Beseitigung dieser bewährten Wirtschaftsordnung werden alle, die den Jusos trauten, erkennen, daß sie ausgenutzt wurden. Das beste Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft ist ein energischer Kampf gegen alle Inflationsursachen aber auch gegen alle Inflationsfolgen. Ob die neue Regierung diesen Kampf aufnehmen wird, erscheint höchst fraglich!

Klaus Kafsack

tel der Mittel für den sozialen Wohnungsbau dem Eigenheimbau gegeben. Drei Viertel bekamen die großen Wohnungsbau-gesellschaften.

Die Neue Heimat hat genug leerstehende Wohnungen, jetzt sind die dran, die sich ein Eigenheim bauen wollen. Jeder weiß doch, wenn ein bauwilliger Arbeitnehmer mit etwas handwerklichem Geschick billiges Baugeld bekommt, bringt er seine Eigenleistung und die Hilfe seiner Verwandten, Nachbarn, Kollegen und Freunde mit ein. Die dann geschaffene Wohnung hat einen höheren Wert, als wenn eine Baugesellschaft sie gebaut hätte. Das Eigenheim ist für mich aber nicht nur ein Stück mehr Freiheits-spielraum, es ist auch ein Stück Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

Wenn Sie in Georgsmarienhütte sonst Sorgen haben, sei es bei der Einrichtung von Sozialstationen, beim Bau von Altenheimen und Altenwohnungen, mit Ihrem Krankenhaus, oder der Sanierung der ‚Alten Kolonie‘, dann sagen Sie es Herrn Hermann Sandkämper. Wir sind seit Jahren befreundet, kennen uns von den Sozialausschüssen und haben manche gemeinsame Anliegen durchgefochten.

Für die kommende Landtagswahl wünsche ich Hermann Sandkämper, der in Hannover als Mann der Georgsmarienhütte bekannt ist und geschätzt wird, und so richtig in diesen Wahlkreis hineinpaßt, viel Erfolg zum Wohle ihrer jungen Stadt.





### Informieren Sie sich

**Montag, 27. Mai 1974, 20.00 Uhr**  
**Stadtteil Georgsmarienhütte**  
**Kasino-Hotel, Klöcknerstraße**  
**Informationsabend mit Dr. Phillip von Bismarck MdB**  
**Thema: "Gerechtigkeit und Fortschritt ohne Illusionen"**

### Fragen zur Wahl an H. Sandkämper

SiW: Der noch im Amt befindliche Ministerpräsident Kubel ersetzt Regierungsarbeit durch "Erfolgswerbung" in teuren Zeitungsanzeigen. Was sagen Sie zu dieser Möglichkeit Steuergelder zu ver(sch)wenden?

Hermann Sandkämper: Die Anzeigenserie der Landesregierung wird in Kürze die Kosten von 1 Mill. DM überschreiten. Herr Kubel weiß, daß er in seiner Regierungserklärung viel versprochen hat und nur wenig halten konnte. Deshalb geht er jetzt den Weg der Volksverdummung. Ich war in den letzten 4 Jahren Mitglied im Ausschuß für Soziales und Gesundheit. Besonders der Krankenhausbau, die Sanierung der Landeskrankenhäuser und Familienerholungsmaßnahmen sind viel zu kurz gekommen. Regierungsseitig Steuergelder für den Wahlkampf einzusetzen ist Verschwendung und ungerecht gegenüber anderen Parteien.

SiW: Sind Sie der Ansicht, daß die F.D.P. in den Landtag kommt? Wenn ja, ist sie in der Lage, nach langer parlamentarischer Abwesenheit, den Linksdrift der SPD zu stoppen?

H.Sandkämper: Ja, ich bin der Überzeugung, daß die FDP in den Landtag kommt. Sie wird sich aber mit der SPD in der Opposition wiederfinden. Dann hat sie Zeit darüber nachzudenken, welche Dummheit es war, sich so früh an die SPD zu binden. Es gibt heute kaum noch Wähler, die die Bonner SPD/FDP Koalition für so gut halten, daß wir sie auch in Hannover brauchten. Sollte dennoch wider Erwarten eine knappe Mehrheit für die SPD/FDP herauskommen, wird die Regierung handlungsunfähig sein. Wenn sich nur ein paar Abgeordnete der

einen oder anderen Partei querlegen, wackelt die Mehrheit.

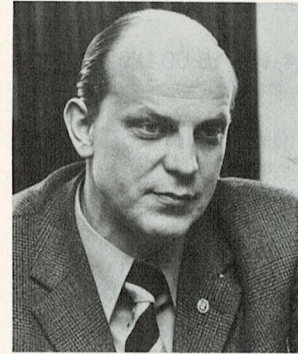
SiW: Herr Sandkämper, Sie sind einer der wenigen Abgeordneten, die immer wieder auf die Ungerechtigkeiten in unserem Rechts- und Steuerwesen hinweisen, durch die Familien und insbesondere kinderreiche Familien benachteiligt werden. Was werden Sie im nächsten Landtag tun, um diese Ungerechtigkeiten zu beseitigen?

H. Sandkämper: Die Steuergerechtigkeit muß durch Bonn wiederhergestellt werden. Das Land Niedersachsen kann nur über den Bundesrat tätig werden. Nach einem Wahlsieg der CDU in Niedersachsen wird die CDU 26 Sitze und die SPD nur noch 15 haben. Für die CDU bedeutet das ein Sitz mehr im Vermittlungsausschuß.

Von Land selbst werden wir den Familien mit flankierenden Maßnahmen, wie Befreiung von Schülertransportkosten, Lernmittelfreiheit vom dritten Kind an (für alle Kinder auf einmal ist es leider nicht möglich), mehr Mittel für Mütterschulen und Familienerholung helfen. Die jetzige Regierung und die SPD-Fraktion hatten keine Antenne für Familienpolitik.

SiW: Im Jahre 1970 besuchte Herr Kubel die Stadt Georgsmarienhütte. Warum würde er — nach Ihrer Ansicht — bei einem erneuten Besuch viele Pfiffe hören?

H.Sandkämper: Herr Kubel hat sich bei dem Besuch der Stadt und des Hüttenwerkes nicht gut benommen. Sowohl den Vertretern der Stadt, der SPD-Fraktion und der Werksleitung, die die berechtigten Anliegen und Besorgnisse vortrugen, hat er wiederholt das Wort abgeschnitten. Er wußte einfach alles besser. Klaus Kafsack



### Informieren Sie sich

**Mittwoch, 29. Mai 1974, 20.00 Uhr**  
**Stadtteil Oesede,**  
**Gaststätte Obermeyer, Teutoburger-Wald-Straße 46**  
**Informationsabend mit Dr. Burkhard Ritz**  
**Thema: "Aktuelles aus Bonn"**

### Vertrauensgleich für zinsanpassungsbedingte Miet- bzw. Belastungserhöhungen im sozialen Wohnungsbau

Mieter von Sozialwohnungen und Eigentümer von Familienheimen und Eigentumswohnungen können rückwirkend vom 1. Januar 1974 an Zuschüsse erhalten, wenn sich ihre Belastung durch Zinserhöhungen zwischen dem 1. Juli und dem 31. Dezember 1973 um mehr als 30 Pfennig je Quadratmeter Wohnfläche monatlich erhöht hat. Gezahlt werden die Zuschüsse an solche Mieter und Eigentümer, deren Wohnung vom 1. Januar 1968 an mit öffentlichen Mitteln gefördert worden ist. Für frei finanzierte Wohnungen und Eigenheime werden keine

Zuschüsse gezahlt. Eine Mietsubvention wird allerdings nicht gewährt, wenn die Belastung trotz der Zinserhöhung 4,05 DM in der Ortsklasse S je Quadratmeter Wohnfläche monatlich nicht übersteigt.

Anträge sind bis zum 31. Dezember 1974 bei der Landestreuhandstelle für den Wohnungs- und Städtebau, Hannover, zu stellen. Die Vordrucke sind bei der Stadtverwaltung, (Rathaus, Zimmer 8, Herr Tralle) erhältlich.

Peter Conrad

### Fahrt zum Wahllokal

Gehbehinderte und alte Menschen können am Sonntag, dem 9. Juni 1974, zwischen 8.00 Uhr und 18.00 Uhr kostenlos und unverbindlich von CDU-Mitgliedern zum Wahllokal gefahren werden. Bitte wenden Sie sich im Bedarfsfall an folgende Adressen:

#### Stadtteil Georgsmarienhütte

Peter Conrad Fasanenweg 16 Telefon 16 87  
Günter Hohaus Untere Findelstätte 59 Telefon 25 54

#### Stadtteil Harderberg

Walter Kley Ahornstraße 2 Telefon 5028  
Heinrich Korte Heideweg 9 Telefon 54 90  
Karl-Heinz Voß Am Öüwer 4 Telefon 57 22

#### Stadtteil Holsten-Mündrup

Heinrich Sielschott Voxtruper Straße 17 Telefon (05409) 5 54

#### Stadtteil Holzhausen

Theodor Elixmann Sutthäuser Straße 38 Telefon 23 51  
Hans Tegeler Im Dütetal 2 Telefon 24 63

#### Stadtteil Kloster-Oesede

August Fellhölter Im Nordfeld 18 Telefon 58 59  
Franz Lucas-Nülle Schürffeld 13  
Hans Stertenbrink Glückaufstraße 156 Telefon 55 51

#### Stadtteil Oesede

Heinz Gravenkötter Windchenbrinkbach 2 Telefon 63 09  
Dieter König Hermann-Löns-Weg 29 Telefon 62 57  
Dr. Claus-D. Schmidt Ludwigi-Beck-Straße 8 Telefon 50 98



Die nächste Mütterberatung findet am Dienstag, dem 28. Mai 74, von 15.00 Uhr bis 16.00 Uhr im Stadtteil Oesede, Schwesternhaus, Auf dem Thie, statt.

Freitag, 7. Juni, 20.00 Uhr, Sporthalle Michaelisschule: Sondergastspiel der **ORIGINAL TRINIDAD OILCOMPANY STEELBAND** — Heiße Klänge aus der Karibik mit Show, Tanz, Gesang, Rhythmus, Feuer, Melodik, Hot and Sweet. Eintrittskarten zu DM 8,— bei den bekannten Vorverkaufsstellen.

Sonntag, 9. Juni 74, Landtagswahl. Die Wahllokale sind von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet. Für alle, die am Wahltag das Wahllokal nicht aufsuchen können, ist Briefwahl möglich. Die Briefwahlunterlagen erhalten Sie bei der Stadtverwaltung, Wahlamt.

Freitag, den 14., bis Sonntag, den 16. Juni: Auf zur Kloster Klipp !

### Wollen Sie Georgsmarienhütte näher kennenlernen?

Viereinhalb Jahre besteht nunmehr die junge Stadt Georgsmarienhütte. Seit dem Zusammenschluß hat sich in den einzelnen Stadtteilen manches verändert und weitere Planungen stehen an.

Die Stadtverwaltung möchte mit dazu beitragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung zu vertiefen. Wer über seinen eigenen "Zaun" einmal hinwegschauen und auch die anderen Stadtteile sowie die Einrichtungen der Stadt kennenlernen möchte, hat hierzu nunmehr die Gelegenheit.

In den Monaten Mai bis einschl. August wird jeweils 1 x im Monat eine Stadtrundfahrt für jedermann durchgeführt. Es ist auch jeweils die Besichtigung einer öffentlichen Einrichtung vorgesehen, z. B. der Kläranlage, eines Wasserwerkes, Hallen- und Freibadgelände sowie einer Schule.

Die nächsten Stadtrundfahrten finden statt: am Mittwoch, dem 12. Juni, 10. Juli, 14. August. Abfahrt jeweils 15.00 Uhr ab Rathausplatz Oesede. Der Unkostenbeitrag beträgt 1,— DM. Es wird jeweils nur ein Bus eingesetzt, so daß die Platzzahl begrenzt ist.

Die Anmeldungen für die Stadtrundfahrt nimmt die Kulturabteilung jeweils bis **eine Woche vor dem jeweiligen Termin** schriftlich oder telefonisch an.

Die Rundfahrt einschl. Besichtigung dauert etwa zwei Stunden.

### Für den Fall, daß Sie nicht mehr ganz nüchtern sind:



Der Eindruck, Sie seien betrunken, ist durch das Vorführen kleiner Geschicklichkeitsübungen leicht zu verwischen.

